



## **Antrag**

der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

### **Keine zusätzliche finanzielle Belastung der Versicherten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass Vorschläge für die Einführung einer Praxisgebühr oder die Erhöhung von Eigenbeteiligungen bei Klinikaufenthalten oder Medikamenten ungerecht und falsch sind. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht weiter belastet werden. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene gegen die einseitige Belastung der Versicherten und für eine solidarische und paritätisch finanzierte Krankenversicherung einzusetzen.

Zudem fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, sich an der Entwicklung intelligenter Instrumente der Patientensteuerung zu beteiligen.

Begründung:

Gerade in diesen Krisenzeiten dürfen keine Hürden für unser Gesundheitssystem aufgebaut und die Bürgerinnen und Bürger stärker finanziell belastet werden.

Überlegungen zur Einführung einer Praxisgebühr und Erhöhungen von Eigenbeteiligungen bei Klinikaufenthalten und Medikamenten, wie sie in einem online veröffentlichten Interview des Magazins "G+G", das vom AOK-Bundesverband herausgegeben wird, von der Gesundheitsministerin von der Decken geäußert wurden, sind ungerecht und belasten die Versicherten. Damit ist die solidarische, gesetzliche Krankenversicherung gefährdet.

Birte Pauls  
und Fraktion

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion

Christian Dirschauer  
und Fraktion